

Beschluss

„Unser Auftrag: Soziale Marktwirtschaft
im 21. Jahrhundert erneuern, stärken und
zukunftsfest gestalten“

Unser Auftrag: Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert erneuern, stärken und zukunftsfest gestalten

Die CDU setzt sich dafür ein, Wohlstand und soziale Sicherheit für möglichst alle Menschen in unserem Land zu erreichen. Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war und ist unsere Soziale Marktwirtschaft Ausdruck dieses Wohlstands- und Sicherheitsversprechens – seit 1990 gilt es in ganz Deutschland. Die CDU steht seit Konrad Adenauer und Ludwig Erhard wie keine andere Partei für diese in unserem christlichen Menschenbild begründete Ordnung. Sie ist für uns Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Sie ermöglicht die Entfaltung der schöpferischen und produktiven Kräfte jedes Einzelnen und unseres Landes insgesamt. Sie verbindet wirtschaftliche Dynamik mit sozialem Ausgleich. So trägt sie zum wirtschaftlichen Erfolg, zur Stabilität und zum sozialen Frieden in unserem Land bei.

Durch Globalisierung, Digitalisierung, demografischen Wandel und geopolitische Verschiebungen ist eine neue Dynamik entstanden, der sich kein Land und keine Gesellschaft dauerhaft entziehen können. Sie stellt auch unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vor eine Bewährungsprobe. Wir sind überzeugt, dass die Soziale Marktwirtschaft auch jetzt die richtige und beste Antwort auf die neuen Herausforderungen und Veränderungen ist. Wir wollen sie erneuern, stärken und zukunftsfest machen, damit die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft auch unter veränderten Bedingungen den Rahmen für unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften bildet. Das ist die beste Voraussetzung, um das Wohlstands- und Sicherheitsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft für die Menschen in Deutschland und Europa im 21. Jahrhundert zu erneuern.

Dazu beauftragt der 30. Parteitag der CDU Deutschlands den CDU-Bundesvorstand, einen Antrag für den 31. Parteitag der CDU Deutschlands zu erarbeiten. Dies soll in einer breiten Diskussion mit den Ebenen, Gliederungen und Vereinigungen der Partei wie mit den gesellschaftlichen Gruppen erfolgen. Damit eröffnet die CDU zugleich auch einen umfassenden Diskussionsprozess, der in die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms für die CDU Deutschlands münden soll.